

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Gegen höhere Verbrauchssteuern

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1988) : Gegen höhere Verbrauchssteuern, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 68, Iss. 5, pp. 226-227

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136391>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gegen höhere Verbrauchssteuern



Hans-Jürgen Schmahl

Die Wissenschaft fordert nicht nur Innovationen, sie trägt auch selbst welche bei. So veröffentlichten kürzlich die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrgutachten zur konjunkturellen Entwicklung, der sogenannten Gemeinschaftsdiagnose, erstmals zu dieser Jahreszeit schon eine Prognose für das nächste Jahr. Erarbeitet hatten sie Rechnungen solcher Reichweite schon seit mehreren Jahren; das Kalenderjahr ist ein willkürlicher Einschnitt, der die Überlegungen nicht begrenzen darf. Veröffentlicht hatten sie die Ergebnisse freilich bisher nicht. Dies war nicht länger zu begründen, denn die einzelnen Institute pflegten mehr oder weniger bald nach dem Frühjahrgutachten eigene Prognosen für das darauffolgende Jahr vorzulegen. Last but not least hat die Wirtschaft seit langem einen Bedarf dafür erkennen lassen.

Prognosen mit einem Zeitraum von fast zwei Jahren – einigermaßen vollständige Daten lagen kaum für die ersten beiden Monate dieses Jahres vor – sind zweifellos unsicherer als kürzerfristige. Um so weniger leicht würden Prognostiker eine merkliche Änderung der Konjunkturtendenz vorhersagen, wenn sie sie endogen, also aus dem Prozeß selbst, erklären müßten. Das wäre etwa der Fall, wenn ein zyklisches Erlahmen der Kräfte oder ein Stoßen an die Kapazitätsgrenzen als Begründung für eine Dämpfung der Konjunktur im Prognosezeitraum verwendet würde. Die Institute haben zwar vorhergesagt, „daß sich das Tempo des Anstiegs, das bisher schon unbefriedigend war, im Verlaufe des nächsten Jahres deutlich verlangsamen wird, möglicherweise bis hin zur Stagnation“. Aber sie begründen das nicht aus dem Prozeß.

Im Gegenteil, sie stellen ausdrücklich fest, daß es für eine endogene Abschwächung keine Anhaltspunkte gibt. „Der Anstieg von Nachfrage und Produktion war im Gegensatz zu früheren Erfahrungen sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in den meisten anderen Industrieländern zyklisch nur schwach ausgeprägt. Es gab zu keiner Zeit die frühere Aufschwünge kennzeichnende starke Dynamik, vor allem bei den Investitionen, deren nachfolgendes Erlahmen regelmäßig in den Abschwung führte. Es gab auch nicht jene Verstärkung des Kosten- und Preisauftriebs, die schließlich zum Einschlagen einer restriktiven Geldpolitik zwang. Beides spricht für ein Anhalten der Aufwärtsentwicklung auch im Jahre 1989.“

Als wichtigsten Grund für die konjunkturelle Dämpfung sehen die Institute vielmehr einen exogenen Faktor, nämlich die Finanzpolitik. „Gibt sie 1988 durch die Senkung der Lohn- und Einkommensteuern und die Hinnahme größerer Einkommensausfälle ohne Konsequenz für die Ausgaben Impulse für die Konjunktur, so wird sie im nächsten Jahr die Konjunktur dämpfen.“ Dies geschieht durch Steuererhöhungen, die – mit 5 Mrd. DM durch Einführung der Quellensteuer zum 1. 1. 1989 und „bis zu 8 Mrd. DM“ (so Stoltenberg) durch Erhöhung von Verbrauchssteuern – voraussichtlich ebenso groß sein werden wie die diesjährigen Steuerentlastungen. Zu befürchten ist außerdem noch eine Heraufsetzung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung. Doch selbst ohne sie wäre der Entzugseffekt bei den Privaten beträchtlich. Steuererhöhungen und verstärkter Preisanstieg durch das – wahrscheinliche – Aus-

bleiben weiterer preissenkender Einflüsse von außen dürften die Anstiegsrate des Konsums, die in diesem Jahr etwa 3 % betragen wird, im Jahre 1989 halbieren.

Auch wenn sich in anderen Nachfragebereichen der Anstieg nicht nennenswert abschwächt, was die Institute erwarten, ist damit eine deutliche Verringerung der Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts programmiert; 1 bis 1½ % lautet die Prognose. Darin ist nicht die Zahl das wichtige, sondern die Tendenz, die in ihr zum Ausdruck kommt. Wer wie die Bundesregierung diese Prognose für „zu pessimistisch“ hält, müßte darlegen, bei welchen Nachfrageaggregaten ein verstärkter Anstieg als Ausgleich für die schwächere Konsumententwicklung gesehen wird. Das dürfte schwerfallen. Weder im Export noch bei den Ausrüstungsinvestitionen oder gar am Baumarkt wären höhergeschraubte Erwartungen einleuchtend zu begründen.

Nicht jede Dämpfung der Konjunktur erfordert konjunkturpolitisches Eingreifen; die Erfahrungen mit dem fine-tuning früherer Zeiten ermuntern nicht zur Wiederholung dieser Politik. Aber wenn eine Dämpfung einfach dadurch vermieden werden kann, daß man eine beabsichtigte Maßnahme unterläßt, sollte das Unterlassen ein Gebot der Vernunft sein. Es ist nur selbstverständlich, daß sich die Institute für den Verzicht auf die geplante Erhöhung von Verbrauchsteuern ausgesprochen haben. Nur am Rande sei vermerkt, daß es für diesen Verzicht auch noch andere Gründe gibt. Es ist nämlich überhaupt nicht selbstverständlich, daß erhöhte Zahlungsverpflichtungen gegenüber der EG höhere Steuern zur Folge haben müssen. Eine Regierung, die immer wieder erklärt hat, sie wolle die Staatsquote senken, müßte vielmehr in erster Linie an anderer Stelle Einsparungen vornehmen. Angesichts von mehr als 100 Mrd. DM Subventionen pro Jahr wird sie niemandem klar machen können, dies sei nicht möglich.

Die Institute haben über den Verzicht auf eine Verbrauchsteuererhöhung hinaus nochmals, wie schon im vergangenen Herbst, ein Vorziehen der Steuerreform auf den 1. 1. 1989 ange-regt. Dies geschah nicht mit dem Blick auf die konjunkturelle Entwicklung, sondern auf den erneut konstatierten Mangel an Wachstumsdynamik, d. h. auf das unzulängliche Wachstum der Produktionskapazitäten und der Zahl der Arbeitsplätze. Im Mittelpunkt steht hier die zu schwache Zunahme der Investitionen.

Sie sind seit dem Wiederanstieg der wirtschaftlichen Entwicklung im Winter 1982/83 nur mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von knapp 4 % gestiegen, also sehr viel weniger als in früheren Aufschwüngen. Wichtige Erklärungen dafür sind, daß die Gewinnmargen trotz ihres Wiederanstiegs niedriger, die Risiken dagegen höher als früher sind. Starke Wechselkurschwankungen, zunehmender Protektionismus, die Verschuldungskrise von Entwicklungsländern und „Sprünge in der technologischen Entwicklung“ haben die Investitionsrisiken vergrößert. Diese Risiken können durch die heimische Wirtschaftspolitik zwar nicht verringert, wohl aber teilweise kompensiert werden. Die Steuerreform ist ein Mittel dazu; je eher sie kommt, desto besser.

Die Bundesregierung lehnt ein Vorziehen der Steuerreform nicht zuletzt mit der Begründung ab, das Staatsdefizit steige ohnehin wieder stark an. Nach den Berechnungen der Institute erhöht sich zwar das Finanzierungsdefizit des Staates von 34 Mrd. DM 1987 auf voraussichtlich etwa 48 Mrd. DM 1988. Werden jedoch die beschlossenen oder angekündigten Steuererhöhungen und die als wahrscheinlich anzunehmenden Maßnahmen zur Verhinderung eines größeren Defizits bei der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführt, dann sinkt das Staatsdefizit 1989 wieder auf die Größenordnung von 30 Mrd. DM. Führt die Bundesbank darüber hinaus wieder einen Gewinn an den Bund ab, was sehr wahrscheinlich ist, könnte das Defizit den Tiefstand der achtziger Jahre (1986: 24 Mrd. DM) unterschreiten. Die heute in der Öffentlichkeit herrschenden Vorstellungen von der weiteren Entwicklung des Staatsdefizits sind unzutreffend, ein Vorziehen der Steuerreform wäre finanzpolitisch durchaus möglich. Vor allem aber zeigt sich, daß für eine Erhöhung der Verbrauchsteuern 1989 keinerlei Notwendigkeit besteht. Sie sollte schon wegen ihrer negativen Wirkung auf die Konjunktur unterbleiben.